Mechthild Rawert

Im Bundestag für Tempelhof-Schöneberg

kompetent. | lebensnah. | vor Ort.

SPD

...newsletter

Newsletter zur 04. Sitzungswoche 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

eine aufregende politische Woche liegt hinter uns: Olaf Scholz und die Hamburger SPD hat ein fulminantes Wahlergebnis bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg am 20. Februar erreicht. Ich gratuliere dazu von ganzem Herzen! Die SPD erreichte mit 48,3 Prozent die absolute Mehrheit. „Pragmatismus hat durchaus mit Visionen zu tun“, erklärte der überglückliche Olaf Scholz der SPD-Fraktion. Als Regierender Bürgermeister Hamburgs wird er nicht mehr der SPD-Bundestagsfraktion angehören. Nach dem Willen der weiblichen SPD-Bundestagsabgeordneten soll sein frei werdendes Amt als stellvertretender Fraktionsvorsitzender mit einer Frau besetzt werden.

Parallel zur Sitzungswoche hat der Sondervermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag endlich auch die Verhandlungen zur Neuregelung der Regelsätze abgeschlossen. Der gefundene Kompromiss regelt zentrale Leistungen neu. Von hoher Bedeutung sind die zusätzlichen Einigungen zum Mindestlohn in der Leiharbeit und zur Entlastung der Kommunen. Für mich wäre es unerträglich gewesen, wenn auch diese Runde zu keinem Ergebnis gekommen wäre. Dass dafür einige Kröten geschluckt werden mussten, ist leider auch wahr.

Trotz der Toten in Afghanistan und der beschriebenen Highlights war der Aufreger der Woche die Debatte über Herrn K-T. zu Guttenberg. Mir ist unverständlich, dass sich die mit Großbuchstaben schreibenden Zeitungen noch so hinter ihn stellen. Sein persönliches Fehlverhalten wirft auch die Frage nach den Bewertungsverfahren in der Wissenschaft auf. Viele von uns kennen Menschen die ihre Dissertation ebenfalls versucht haben, neben Beruf und Familie fertig zu stellen. Einige wenige haben es geschafft, gerade viele Frauen aber nicht. Sich mit dieser Belastungssituation herausreden zu wollen, finde ich unglaublich!

Viel Spaß beim Lesen!

Mechthild Rawert

Inhalt:

Gesundheitspolitik
Mechthild Rawert informiert 2

Rechtsextremismus
Dresden: Kein Platz den Nazis 2

Aus dem Bundestag
Versteigerung von SPD-Plakaten 3
Geraubte Kindheit 3
Die Causa zu Guttenberg 4
Meldungen aus dem Bundestag 5

Arbeitsmarktpolitik
Änderungen zum ALG II treten in Kraft 5
Persönliche Erklärung nach § 31 GO 6
Abstimmungen zur Angleichung der Ostrenten 8
Arbeit – sicher und fair 8

Außenpolitik
Marshallplan für Mittelmeerraum 9

Aus Berlin
Trauer um Dietrich Stobbe 10

Einladungen/Terminhinweise 10-11

Wahlkreis
Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: 030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

www.mechthild-rawert.de

SPD

■ Gesundheitspolitik

Mechthild Rawert informiert berlinweit über aktuelle Gesundheitspolitik

Im Rahmen der SPD-Kampagne „Gesundheit für alle: die Bürgerversicherung habe ich in den letzten Wochen auf mehreren Veranstaltungen über die Kahlschlagpolitik von Schwarz-Gelb informiert und über die sozialdemokratischen Alternativen einer solidarischen Versorgung als auch Finanzierung für das Gesundheitswesen referiert.
Bei den öffentlichen Mitgliederversammlungen der Abteilungen Friedenau, Mariendorf, Gropiusstadt und Rudow zeigten sich Genossinnen und Genossen empört über den durch Schwarz-Gelb eingefrorenen Arbeitgeberanteil an den Krankenversicherungs-beiträgen, die Einführung von Kopfpauschalen oder die höheren Zuzahlungen bei Arzneimitteln.

Große Zustimmung haben in den sehr gut besuchten Veranstaltungen die dargestellten Eckpunkte der solidarischen Bürgerversicherung erfahren – dazu zählen u.a.: Die Verbreiterung der Einnahmebasis im Gesundheitssystem durch das Einbeziehen aller Einkommensarten, die Wiederein-führung der paritätischen Finanzierung, ein einheitliches Krankenversicherungssystem ohne Mehr-Klassen-Medi-zin, die Aufwertung von Gesundheits- und Pflegeberufen und die massive Stärkung der Prävention zur Vermeidung von Krankheiten.

Ein Grundtenor aller Veranstaltungen der letzten Wochen war: CDU/CSU und FDP individualisieren und privatisieren das Gesundheitssystem und bürden vor allem RentnerInnen oder GeringverdienerInnen enorme Mehrkosten auf.

So sind viele Genossinnen und Genossen bereits jetzt von Zusatzbeiträgen der Krankenkassen betroffen und müssen monatlich bis zu 15 Euro mehr aus der eigenen Tasche bezahlen.

IGeL-Leistungen eindämmen
Auch der ständige wachsende Anteil der „Individuellen Gesundheitslesitungen“ (IGeL-Leistungen) empört die Leute zu Recht.
Berlin ist auch eine Hauptstadt dieser Angebote, die - oft medizinisch nicht sinnvoll - dem Arzt/der Ärztin zu einer lukrativen Einnahmequelle verhelfen. Schätzungsweise 100 Millionen Euro gelangen jährlich bereits heute auf dem Weg der privaten Honorierung in die Kassen der Ärztinnen und Ärzte.

Da diese verdeckte Umverteilung der Kosten nicht länger hinnehmbar ist und massiv das Arzt/PatientInnen-verhältnis belastet, werde ich in der SPD-Bundestagsfraktion die Eindämmung der IGeL-Leistungen zu einem meiner Schwerpunktthemen machen.

Die Veranstaltung am 02.03. im Vivantes Auguste-Viktoria-Klinikum (s. Termine) setzt die gesundheitspolitische Debatte fort.

■ Rechtsextremismus

Dresden: Kein Platz den Nazis

Durch überwiegend friedliche Blockaden und Proteste hat das Bündnis „Dresden Nazifrei“ mit rund 20.000 Demonstrierenden am 19. Februar 2011 den Großaufmarsch der Nazis und deren genehmigte Demonstration und Kundgebungen verhindert. Der Aktionskonsens des Bündnisses lautete: „Von uns wird keine Eskalation ausgehen“ und „Wir setzen auf Massenblockaden statt Barrikaden“. Dieser Konsens wurde überwiegend eingehalten, wie auch der sächsische Innenstaatssekretär Wilhelm in den Medien bestätigte. Er verwies darauf, dass 99,9 Prozent der DemonstrationsteilnehmerInnen friedlich agierten und nur ein sehr geringer Teil gewalttätig wurde.

Empörung über die Demonstrationen
„Empört euch“ stand auf dem Plakat einer Demonstrantin. Aufgrund des Urteils des Verwaltungsgerichts Dresden vom Januar waren viele DemokratInnen, AntifaschistInnen und Linke schon mit einem Gefühl der Empörung nach Dresden gereist. Sie hatten und haben den Eindruck, dass die Justiz Bürgerrechte und die Versammlungsfreiheit von Neonazis über das Recht auf zivilen Ungehorsam, über den Kampf gegen Nationalsozialismus und Rassismus setzt(e). Das Verwaltungsgericht hatte die durch die Polizei nicht durchgesetzte Verhinderung und Räumung von Blockaden von Nazi-GegnerInnen am 13. Februar 2010, dem 65. Jahrestag der Bombardierung Dresdens durch die Alliierten, verurteilt. Noch am Freitag hatte das gleiche Gericht auf Be-

■ **Wahlkreis**
Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: 030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ **www.mechthild-rawert.de**

schwerden der Anmelder der rechtsextremen Demonstration und der zwei rechtsextremen Kundgebungen in einer Eilentscheidung gegen die Stadt Dresden geurteilt. Aufgrund dieses Gerichtsurteils war die Polizei gehalten, die Demonstration der Nazis durchzusetzen.

Gute Organisation der Proteste

Treffpunkt war um 4.45 Uhr auf dem O2 World-Gelände. Bereits um 5.30 Uhr machte sich aus Berlin ein antifaschistischer Konvoi aus 39 Bussen mit je 50 jungen und älteren Menschen aus Zivilgesellschaft, Kirchen, Parteien und Gewerkschaften auf den Weg nach Dresden, um vor den Neonazis dort zu sein. Zwei der Busse hatten die Berliner Jusos und einen die SPD angemietet. Bequem fahren war allerdings nur bis zur Autobahnauffahrt möglich, dann begann der kilometerlange Marsch bei 2 Grad minus und leichtem Nieselschnee nach Dresden. Bei der ersten Konfrontation mit der Polizei, die in Dresden viele der kleinen Straßen Richtung Hauptbahnhof zeitweilig abgeriegelt hat, wurde Pfefferspray gegen die Demonstrierenden eingesetzt. Von Anfang an sollte wohl deutlich signalisiert werden, dass die 4.500 Polizistinnen und Polizisten das jüngste Urteil des Verwaltungsgerichts Dresden auf jeden Fall umsetzen werden.

Die friedliche Demonstration des breiten Bündnisses „Dresden Nazifrei“ gegen Europas größten Naziaufmarsch bewies starken zivilgesellschaftlichen Protest gegen rassistische und nationalistische Propaganda sowie gegen die zunehmende Gewalttätigkeit der Neonazis. An den friedlichen Sitzblockaden nahmen neben mir viele weitere BundespolitikerInnen der SPD teil. Ausdrücklich gedankt sei allen OrganisatorInnen des Bündnisses.

Strategien gegen Rechts gehören ins Parlament

Unabdingbar erscheint mir eine parlamentarische Debatte. Als Mitglied der Arbeitsgruppe „Strategien gegen Rechtsextremismus“ der SPD-Bundestagsfraktion will ich sowohl über ein Verbot der NPD als auch über Bürgerrechte, Meinungs- und Versammlungsfreiheit und über das Demonstrationsrecht von DemokratInnen debattieren. Der Eindruck, dass Feinde der Demokratie mehr Rechte hätten als diejenigen, die friedlich für ein „Nie wieder Nationalsozialismus!“ eintreten, darf nicht unwidersprochen stehen bleiben.

■ Aus dem Bundestag

Versteigerung von SPD-Plakaten

Am Montag, dem 21.02. hat die SprecherInnengruppe der AbgeordnetenmitarbeiterInnen der SPD historische SPD-Wahlplakate versteigert. Sie hingen bislang im Fraktionsvorstandssaal und wurden der Sprechergruppe vom Fraktionsvorstand zur Verfügung gestellt.
Unter Leitung von Brigitte Zypries als Auktionatorin kam ein stattlicher Erlös zusammen. Dieser wird für einen guten Zweck gespendet. Soviel kann ich schon verraten: Das ausgewählte Projekt liegt in Tempelhof-Schöneberg.
Ich selbst habe eifrig mitgeboten und ein Bild von 1933 mit den Emigranten Erich Ollenhauer,Hans Vogel, Otto Wels, Friedrich Stampfer, Siegmund Crummenerl und Alber Grzesinski in Prag, ein Plakat der ASF von 1975 und ein Wahlplakat zur Wiedervereinigung von 1957 ersteigert. Jetzt suche ich einen passenden Platz, an dem die Plakate zur Geltung kommen.

Geraubte Kindheit

Sie waren 3, 4, 7 oder 16 Jahre alt, als ihr Leben in Folge des Angriffs von Nazi-Deutschland auf die Sowjetunion dramatisch verändert wurde. In ihren Dörfern erlebten sie Verfolgung und Hunger, sie wurden zusammen mit ihren Müttern und Großmüttern in Zügen zusammengepfercht und über Estland, Lettland, Finnland nach Deutschland in Arbeitslager gebracht. Ihre Mütter und Großmütter arbeiteten als Zwangsarbeiterinnen unter menschenunwürdigen Bedingungen in der Rüstungsindustrie und auf Großbaustellen, bei der Eisenbahnbehörde, im Handwerk, der Landwirtschaft oder Privathaushalten.

Frondienste auch für Jugendliche

Auch die Jugendlichen wurden zur Fron einbezogen, die Kinder in den Lagern sich selbst überlassen. Die Überlebenden kehrten nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945 in die Heimat zurück. Sie alle blieben ihr Leben lang gezeichnet. Die meisten trugen

■ **Wahlkreis**
Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: 030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ **www.mechthild-rawert.de**

gesundheitliche Beeinträchtigungen und schwere Traumata davon.

Diskussion mit Zeitzeugen

Die Podiumsdiskussion „Geraubte Kindheit - Russische Jugendliche in deutschen Arbeitslagern“ am 20. Februar mit den Zeitzeuginnen und Zeitzeugen Nina Rudakova und Michail Sacharow, die in ihrer Kindheit selber den Aufnäher „Ost“ trugen, mit Prof. Wolfgang Wippermann, Historiker, Ruth Keseberg-Alt von den Caritas-Konferenzen Diözesanverband Berlin e.V. und mir, Mitglied des Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement im Deutschen Bundestag, bewegte mehr als 150 Teilnehmer und Teilnehmerinnen in den Veranstaltungssaal des Bernhard-Lichtenberg-Hauses. Moderiert wurde die Veranstaltung von Joachim Jauer, ehemaliger ZDF-Korrespondent.

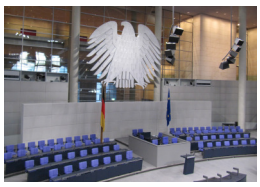
Mit ergreifenden Worten schilderten die ZeitzeugInnen ihre Kindheit und ihre weiteren Lebenswege. Die von Michail Gorbatschow herbeigeführte Politik von Glasnost und Perestroika ermutigte die mittlerweile Altgewordenen, in St. Petersburg die Selbsthilfegruppe „Kindheit mit dem AUFNÄHER OST“ zu gründen und zumeist erstmalig über ihre Kindheitserfahrungen zu reden. Diese Lebenszeugnisse wurden im Jahr 2000 in einem Buch veröffentlicht. Dank dem hohen Einsatz der ehrenamtlich tätigen Frauen und Männern der Caritas-Konferenzen und vieler anderer ist die deutschsprachige Übersetzung gelungen. Ihnen allen gehört mein großer Dank.

Aufarbeitung ist nicht abgeschlossen

Ob die Politik ein solches ehrenamtliches Engagement auch weiterhin fördere, lautete die Frage des Moderators an mich: „Ja, das tut sie vielfach, über Projektförderungen, in Geschichtswerkstätten, etc. Das Wesentliche ist aber das bürgerschaftliche Engagement vieler.“ Hinsichtlich der Entschädigungsleistungen der vergangenen Jahrzehnte ist zu konstatieren, dass osteuropäische Opfergruppen wie z.B. die ZwangsarbeiterInnen in den Entschädigungsgesetzen oder auch eingerichteten Stiftungen häufig benachteiligt worden sind. Kinder von Zwangsarbeiterinnen sind eine bis dato unbekannte Opfergruppe. Auch diese Veranstaltung zeigt, dass es von herausragender Bedeutung ist, für ein „Nie wieder Nationalsozialismus!“ einzutreten. Deutliches Zeichen aus der Zivilgesellschaft stellte die erfolgreiche Gegenwehr gegen die Aufmärsche der Nazis in Dresden einen Tag zuvor dar.

Der Band „Geraubte Kindheit - Russische Jugendliche in deutschen Arbeitslagern“, Hrsg. Angelika Westphal und Ruth Keseberg-Alt, 2011, ist erschienen bei zba.Buch und kann auch dort bezogen werden. Infos unter: Tel: 030 / 214 78 317/-19, E-Mail: info@zba-buch.de, www.zba-buch.de.

Die Causa zu Guttenberg



Nachdem täglich neue Belege für die Plagiatvorwürfe gegen den Verteidigungsminister zu Guttenberg durch die Medien gingen und er immer neue öffentlichen Erklärungen den Imageschaden aufzufangen suchte, fand am 23.02. eine dringliche Fragestunde und eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema im Bundestag statt. An demselben Abend hat die Universität Bayreuth die Vorwürfe im Kern durch ihre Entscheidung bestätigt, Herrn zu Guttenberg die Doktorwürde wieder abzuerkennen.

Wie konnte eine renommierte Universität eine Arbeit mit der höchsten Würdigung „summa cum laude“ auszeichnen, ohne zu bemerken, dass hier in erheblichem Umfang abgeschrieben worden ist? Das stellt mehr in Frage als die Aufrichtigkeit und Werteverbundenheit eines Politikers. Da verkommt der Doktortitel, von den meisten WissenschaftlerInnen in Deutschland in jahrelanger Arbeit ehrlich erworben, zur bloßen Imagepflege, zum dekorativen Beiwerk glänzender Karriereaussichten. Ein Skandal für die „Bildungsrepublik Deutschland“, der erst nach und nach aufzuarbeiten sein wird.

Jetzt und im politischen Umfeld stehen die Unaufrichtigkeit, der Vertrauens- und der Werteverlust im Vordergrund. Karl-Theodor zu Guttenberg hat durch sein Fehlverhalten die Politik allgemein beschädigt.

Das Ausmaß der Täuschung (über das Internet detailiert nachzuprüfen), der Amtsmissbrauch und die unerträgliche Lavierere des Ministers von totalem Abstreiten bis zu kleinlauten Erklärungsversuchen mit Selbstüberforderung und schlampiger Arbeitsweise werfen nachträglich auch ein anderes Licht auf den Umgang von Verteidigungsminister zu Guttenberg mit Problemlagen im Amt: der Umgang mit den Offizieren der Gorch Fock nach dem tragischen Tod der Offiziersanwärterin und die 180-Grad-Wende bei der Frage der Wehrpflicht sind dabei die spektakulärsten.

Kann ein so in seiner Glaubwürdigkeit und Seriosität beschädigter Politiker sein Amt als Verteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland weiter ausfüllen? Ich bin der Meinung, er müsste die Konsequenzen ziehen.

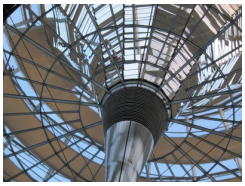
■ **Wahlkreis**
Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: 030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ **www.mechthild-rawert.de**

Meldungen aus Bundestag und Fraktion



22.02.11 Die Landesgruppe Berlin der SPD-Bundestagsfraktion hat sich mit dem SPD-Landesvorsitzenden Michael Müller, MdA und dem Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion im Abgeordnetenhaus Christian Gaebler, MdA getroffen, um die Themen abzustimmen, die sowohl die Landes- wie die Bundespolitik für Berlin betreffen.

22.02.11 Die Parlamentarische Linke (PL), der linke Flügel der SPD-Bundestagsfraktion, hat turnusgemäß seinen Leitungskreis neu gewählt. Ich freue mich, meine Arbeit als Mitglied dieses Teams fortzusetzen und danke meinen Kolleginnen und Kollegen für die bisherige gute Zusammenarbeit.

23.02.11 In der Querschnitts-AG Gleichstellung stellte auf meine Initiative hin die renommierte Professorin für Public Health der Charité Berlin, Frau Prof. Dr. Birgit Babitsch dar, dass und warum medizinische Versorgung Frauen benachteiligt durch Gesundheitsnormen, die sich an jungen Männern orientieren. Das umfasst unter anderem vor allem den Bereich der Diagnostik als auch den der pharmazeutischen Behandlung.

23.02.11 Auf Initiative von Peter Danckert, Sprecher der SPD-Abgeordneten aus Brandenburg, und mir als Sprecherin der Berliner SPD-Abgeordneten, hat sich ein Vertreter der Deutschen Flugsicherung mit Abgeordneten aller Fraktionen aus den betroffenen Wahlkreisen in Berlin und Brandenburg zu einem Gespräch getroffen. Es ging vor allem um die Frage der Abstimmungswege zwischen Fluglärmkommission und Deutscher Flugsicherung mit den Landkreisen, Bezirken und Bundesländern. Über die künftige Ausgestaltung der Flugrouten wurde nicht berichtet. Klärungen erfolgten insbesondere zu den rechtlichen Wegen und Verantwortlichkeiten der unterschiedlichen Akteure.

23.02.11 Der Antrag „Missbrauch der Leiharbeit verhindern“ der SPD-Bundestagsfraktion (Dr. 17/4189), der von der Fraktion der Grünen unterstützt wird, fordert neben gleicher Bezahlung von LeiharbeiterInnen und Stammbelegschaft nach Tarif auch mehr Mitbestimmungsrechte und einen branchenunabhängigen Mindestlohn. Die Regierungsfraktionen vertraten die Auffassung, die Gleichstellung von Leih- und StammarbeiterInnen verhindere Lohndumping nicht und vernichte den ‚Jobmotor‘ Zeitarbeit. Dass dieser die Menschen zunehmend in nicht auskömmlich entlohnte Beschäftigung und zusätzliche staatliche Unterstützung zwingt, ist den Regierungsfraktionen kein Argument.

24.02.11 Der Antrag „Gleichberechtigung in Entwicklungsländern voranbringen“ der SPD-Fraktion (Dr. 17/4846) fordert mehr Anstrengungen auf dem Weg zur Gleichberechtigung in Entwicklungsländern. 70 Prozent der extrem armen Menschen sind Frauen. Wir fordern die Bundesregierung auf, im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit das Instrument des „Gender Budgeting“ einzusetzen, bei dem sowohl bei der Haushaltsplanung als auch bei der Evaluierung die Auswirkungen von Entwicklungshilfe auf die Geschlechtergerechtigkeit analysiert werde.

24.02.11 Der Antrag „Quotenregelung für Aufsichtsräte und Vorstände gesetzlich festschreiben“ der SPD-Bundestagsfraktion (Dr. 17/4683) wurde von der Querschnitts-AG Gleichstellung, deren Stv. Sprecherin ich bin, erarbeitet und über die AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend in den Bundestag eingebracht. Er stellt neben weiteren Forderungen die nach einer Quotierung auf mindestens 40 % Frauenanteil für alle Aufsichtsratsmandate in Deutschland zum Stichtag 01.01.2015 in den Mittelpunkt. Die Regierungskoalition verweigert sich diesem Beitrag zur realen Geschlechtergerechtigkeit durch ihr Beharren auf Freiwilligkeit.
In einem Sonder-Newsletter zum Internationalen Frauentag werde ich ausführlicher darauf eingehen.

■ Arbeitsmarktpolitik

Änderungen zu Hartz IV treten in Kraft

Am 25. Februar wurde als Top 1 der Tagesordnung im Deutschen Bundestag namentlich über die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses zum Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch abgestimmt.433 Abgeordnete haben für, 132 Abgeordnete geben den Kompromissvorschlag votiert und 2 haben sich enthalten. Kurz darauf hat auch der Bundesrat trotz Berliner Enthaltung zugestimmt.

Damit sind monatelange und sehr harte Verhandlungen zwischen Fraktion und Opposition im Bund und zwischen Bund und Ländern zu den notwendigen Neuregelungen rund um das Arbeitslosengeld II (ALGII) zu einem vorläufigen Ende gekommen. Im Hintergrund haben sowohl die

■ **Wahlkreis**
Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: 030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ **www.mechthild-rawert.de**

kommunalen Spitzenverbände als auch viele Spitzenorganisationen der Wohlfahrt, die Agentur für Arbeit und viele, viele Initiativen auf diese Verhandlungen Einfluss genommen. Für 4,7 Millionen Hartz-IV-Leistungsbeziehende erhöht sich jetzt rückwirkend ab dem 01. Januar der Regelsatz um 5 Euro auf 364 Euro.

• **Warmwasserkosten**
Darüber hinaus wurde eine weitere Erhöhung ab 2012 um zusätzliche 3 Euro vereinbart. Mehr Geld erhalten auch Haushalte, sofern sie ihr Warmwasser mit Strom erzeugen, weil diese nun zu den Kosten der Unterkunft zählen und deshalb zusätzlich zum Regelsatz gezahlt werden.

• **Bildungs- und Teilhabepaket**
Für 2,5 Millionen Kinder aus Familien mit einem geringen Einkommen gibt es in Zukunft im Rahmen eines Bildungs- und Teilhabepaketes, welches über die Kommunen organisiert wird, Zuschüsse. Zum Beispiel für ein warmes Mittagessen, für die Teilnahme in Vereinen, für Lernförderung und Klassenfahrten.

• **Mindestlohn**
Ein Einstieg in den Mindestlohn wurde für rund 1,2 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor allem in der Zeit- und Leiharbeit geschaffen.

• **Für Ehrenamtliche**
Die Aufwandsentschädigungen für Übungsleiter werden zukünftig bis zu 175 Euro nicht mehr auf den Regelsatz angerechnet.

• **Entlastung der Kommunen**
Zu den Gewinnern des Kompromisses gehören auch die Kommunen, weil der Bund die Kosten für die Grundsicherung im Alter übernimmt.

• **Der Kompromiss war notwendig**
Ohne ihn hätte es für die Kinder kein Mehr an Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit gegeben, ohne diesen für Erwachsene nicht mehr Geld in der Haushaltskasse gewesen. Und vor allem hätte es für die LeiharbeitnehmerInnen keine arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen im Vorfeld der am 01. Mai in Kraft tretenden Arbeitnehmerfreizügigkeit gegeben. Wer nur Nein sagt, untergräbt Lebenschancen.

Unbestreitbar ist, dass die SPD nach wie vor verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Art der Ermittlung der Regelsätze hat. Auch CDU/CSU und FDP gehen davon aus, dass es Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht geben wird –Bundesministerin von der Leyen hat diese dann vor dem Bundesverfassungsgericht alleine zu verantworten.

Persönliche Erklärung der Abgeordneten Mechthild Rawert gemäß § 31 der GO zur Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses zu dem Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (Drucksachen 17/3404, 17/3958, 17/3982, 17/4032, 17/4058, 17/4095, 17/4303, 17/4304, 17/4719, 17/4770)

Berlin, den 25.02.2011

In einem monatelangen Vermittlungsverfahren, welches über die vom Bundesverfassungsgericht (BVG) festgelegte Frist bis zum 01. Januar.2011 hinausging, haben CDU/CSU und FDP sowie SPD einen vorläufigen Kompromiss gefunden. Das war dringend notwendig, um die Fristsetzung des BVG nicht noch weiter zu überschreiten, den ALG II-EmpfängerInnen die notwendige Erhöhung des Regelsatzes in Kürze tatsächlich auszahlen zu können, das Bildungs- und Teilhabepaket für alle bedürftigen Kinder zu starten und die Kommunen mit den Kosten für steigende Sozialleistungen nicht weiter allein zu lassen. Die SPD hat wesentliche Erfolge errungen.

Dennoch gibt es meinerseits weiterhin verfassungsrechtliche Bedenken hinsichtlich der Berechnung der Regelsatzhöhe. Die Errechnung des Regelsatzes genügt meiner Meinung nach wie vor nicht den geforderten Kriterien des BVG-Urteils nach einer transparenten, nachvollziehbaren und realitätsgerechten Ermittlung. Die Festlegung der Referenzgruppe ist meines Erachtens haushaltspolitisch motiviert. Allein die CDU/CSU und FDP geführte Regierung und die sie tragenden Fraktionen haben die Verfassungsmäßigkeit der Berechnung der Regelsätze zu verantworten.

■ **Wahlkreis**
Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: 030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ **www.mechthild-rawert.de**

Ich bedaure außerordentlich, dass eine Einigung aufgrund der vollständigen Blockade von CDU/CSU und FDP beim Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für LeiharbeitnehmerInnen und Stammbelegschaft unmöglich war.

Im Kompromisspaket enthalten sind viele Vereinbarungen, die Berlin als Metropole mit seiner unterdurchschnittlichen Erwerbsquote von 64,9 % und den rund 590.000 Arbeitslosengeld-II-Leistungen erhaltenden Menschen (davon rund 178.000 Kinder und Jugendliche) in hohem Maße unmittelbar betreffen und insgesamt einen Fortschritt darstellen, u.a.:

- Die Ausweitung des Bildungs- und Teilhabepakets auch auf Kinder von Familien mit Wohngeldansprüchen ist ein wichtiger Schritt für mehr Bildungsgerechtigkeit.
- Die Kostenübernahme für das Bildungs- und Teilhabepaket durch den Bund entlastet alle Kommunen, wovon Berlin in seiner schwierigen Finanzlage besonders profitiert. Zu begrüßen ist die vereinbarte Revisionsklausel, mit der sichergestellt wird, dass die Kommunen die durch die Übertragung des Bildungs- und Teilhabepakets entstehenden Kosten auch zeitnah erstattet bekommen. Auch das nützt Berlin.
- Die Beschäftigung von SozialarbeiterInnen für Kinder und Jugendliche an Schulen in sozialen Brennpunkten ist in Berlin im Rahmen des Programms Soziale Stadt bereits erfolgreich erprobt. Da dieses Bundesprogramm durch Schwarz-Gelb nun gestrichen wurde, ist dies ein wichtiger Teilersatz für die erfolgreiche Weiterführung der Arbeit in schwierigen Berliner Quartieren.
- Das kostenlose Mittagessen in Schulen, Kitas und nun auch in Horten für bedürftige Kinder ist eine gute Weiterentwicklung des Berliner Angebots. Das bundesweite Angebot unterstützt die Berliner Bildungs-, Jugendhilfe- und Sozialpolitik.
- Die schrittweise Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter bis 2014 durch den Bund entlastet die Berliner Kommune erheblich, da in Berlin überdurchschnittlich viele Ältere auf die Altersgrundsicherung angewiesen sind (57.500 Ende 2009, Tendenz steigend).
- Die Festlegung von Mindestlöhnen für das Wach- und Sicherheitsgewerbe als auch für Beschäftigten der Aus- und Weiterbildung sowie für Beschäftigte in Zeit- und Leiharbeit sowohl in Verleihzeiten als auch in verleihfreien Zeiten schützen ArbeitnehmerInnen in Berlin und aus den europäischen Nachbarstaaten, wenn die Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa ab 01. Mai 2011 gilt. In Berlin erhalten rund 120.000 Menschen zusätzliche ALG-II-Leistungen zu ihren zum Lebensunterhalt nicht ausreichenden Niedriglöhnen.
- Aufwandsentschädigungen für ÜbungsleiterInnen, die Arbeitslosengeld II empfangen, werden nun auch zukünftig bis zu 175 Euro monatlich nicht auf den Regelsatz angerechnet. Damit werden die Bemühungen Berlins bei der Förderung ehrenamtlichen Engagements im Rahmen der Sportförderung, die ein wichtiger Bestandteil der lokalen Jugendsozialarbeit ist, weiterhin ermöglicht.
- Nach starkem Drängen wurde ein Prüfauftrag vereinbart mit dem Ziel, Menschen mit Behinderungen ab dem 25. Lebensjahr den vollen Regelsatz für die Regelbedarfsgruppe 3 zu gewähren.
- Die stufenweisen Erhöhungen des Regelsatzes unabhängig von den notwendigen Anpassungen aufgrund der Preis- und Lohnentwicklung sind immerhin ein erster Schritt.

Nach sorgsamer Abwägung entscheide ich mich für die im Kompromiss des Vermittlungsausschusses ausgehandelten Bedingungen und werde zustimmen.

Meine oben erläuterten Bedenken gegen den Kompromiss sind allerdings nicht ausgeräumt und ich begrüße daher ausdrücklich die Ankündigung einiger Sozialverbände, an ihrer Normenkontrollklage festzuhalten.

Die Ablehnung der Grünen ist für mich keine Option, weil sie die ausgehandelten Verbesserungen insbesondere für Familien mit Kindern weiter verzögern würde. Das ist aber nicht zumutbar.

Ich schließe mich mit dieser Haltung der Empfehlung meiner Fraktion an.

Mechthild Rawert, MdB

■ **Wahlkreis**
Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: 030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ **www.mechthild-rawert.de**

Abstimmungen zur Angleichung der Ostrenten

Mit insgesamt 20 Anträgen, 19 von der Linken eingebracht, einer von der Fraktion der Grünen, hat sich der Deutsche Bundestag erneut mit der Forderung nach Angleichung der Renten in Ost und West befasst. Alle Mitglieder der Landesgruppe Ost, den SPD-Abgeordneten aus den neuen Bundesländern und aus Berlin, haben sich intensiv auf diese Debatte vorbereitet, weil es uns und unsere Wahlkreise in besonderer Weise betrifft. Der in der Landesgruppe Ost erarbeitete Konsens, an dem sich die meisten orientiert haben, bestand in insgesamt 13 Enthaltungen, 6 Nein-Stimmen und einer Zustimmung zum Antrag der Grünen. Diese fordern darin zur Erarbeitung einer sachgerechten Rentenlösung für die DDR-Geschiedenen die Einrichtung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe.

Warum konnten wir den erneuten Anträgen der Linken nicht zustimmen?
Zum einen fehlt uns ein Antrag zu einer renten- und sozialrechtlichen Regelung für DDR-Flüchtlinge, zum anderen beziehen sich viele Einzelanträge auf einzelne Berufsgruppen mit jeweils speziellen Herausforderungen. Nicht alle können tatsächlich über das Rentenrecht geregelt werden, sondern bedürfen sozialpolitischer Lösungen.

Unsere Forderungen
Die SPD-Abgeordneten fordern einen Fahrplan für die Vereinheitlichung der Rentensysteme. In einem „Rentenüberleitungsabschlussgesetz“ sollen alle offenen Fragen geregelt werden. Dabei muss sich dieses Gesetz an folgenden Haupt-Forderungen orientieren:

- Umsetzung des Angleichungsgebots nach Art. 30 Abs. 5 Satz 3 des Einigungsvertrages
- Umsetzung bis zum Auslaufen des Solidarpaktes II im Jahr 2019.
- Sollte die Angleichung der Löhne bis dahin nicht erfolgen, müssen per „Stichtag“ 01.01.2020 bei der Rentenberechnung gleiche Rechengrößen gelten
- Angleich der unterschiedlichen Beitragsbemessungsgrenzen Ost und West
- Prüfung der Möglichkeiten für einen Ausgleich für weiterhin bestehende Einkommensdisparitäten aus Steuermitteln zur Armutsvermeidung
- abschließende Regelung in einem „Rentenüberleitungsabschlussgesetz“. Darin Einrichtung eines „Härtefallfonds“ mit einem Budget von mindestens 500 Mio. EUR jährlich
- Angleichung der Zuverdienstgrenzen für ehemalige Angehörige der Bundeswehr

Armutsvermeidung: Da noch immer 40 % der Ostdeutschen im unteren Lohnbereich arbeiten, fordern wir die rückwirkende rentenrechtliche Höherbewertung beschäftigungsloser Zeiten bzw. geringe Verdienste im gesamten Bundesgebiet.
Meine persönliche Erklärung zum Abstimmungsverhalten ist nachzulesen unter: www.mechthild-rawert.de

Arbeit - sicher und fair

Der DGB hatte kurzfristig am 23. Februar um 9 Uhr im Vorfeld der Kabinettsitzung der schwarz-gelben Bundesregierung zur Protestaktion „Arbeit - sicher und fair!“ mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer aufgerufen. Neben hunderten Kolleginnen und Kollegen zahlreicher Einzelgewerkschaften nahmen auch viele SPD-Bundestagsabgeordnete teil.

Auftakt zu mehr
Mit dieser Auftaktveranstaltung zum bundesweiten DGB Aktionstag am 24. Februar sollte gegen den Missbrauch der Leiharbeit und für deren Gleichbehandlung demonstriert werden. „Die Gewerkschaften sind nicht bereit, tatenlos zuzusehen, wie Arbeiter zweiter Klasse geschaffen werden", erklärte dabei DGB-Chef Michael Sommer. In der Regel verdienen LeiharbeitnehmerInnen 30 Prozent weniger als die Stammbelegschaft und leben in ständiger Unsicherheit eines möglichen „hire and fire“.

Auch im Bundestag Thema
Am Donnerstagnachmittag beriet der Bundestag in erster Lesung einen Gesetzentwurf zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, mit dem unter anderem Dumpinglöhne verhindert werden sollen. Außerdem soll verhindert werden, dass dauerhaft Eingestellte entlassen und anschließend als LeiharbeiterInnen weiter beschäftigt werden.

Nach Meinung von DGB und SPD ist Leiharbeit schon längst keine Ausnahme mehr, die nur zum Auffangen von Auftragsspitzen eingesetzt wird. Das System hat sich entgegen dieser ursprünglichen Absicht verselbständig und

■ **Wahlkreis**
Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: 030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ **www.mechthild-rawert.de**

dazu geführt, dass sich in den letzten Jahren die Zahl der LeiharbeitnehmerInnen auf fast 1 Million Menschen verdreifacht hat und somit reguläre und abgesicherte Beschäftigung verdrängt wird. Aufgrund des bis heute andauernden Widerstandes von Schwarz-Gelb gibt es im Vorfeld der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit keine ausreichenden sozial- und arbeitsrechtlichen Regeln, um Lohndumping zu verhindern. Vielmehr ist es absehbar, dass ab dem 01. Mai 2011 Missbrauchsmöglichkeiten ansteigen werden und dass sie dann ohne Einschränkung grenzüberschreitend möglich sind.

Forderungen
GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen fordern u.a.:

- einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro
- gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort ab dem ersten Beschäftigungstag
- Verhinderung von Lohndumping bei grenzüberschreitender Zusammenarbeit
- Mehr Mitbestimmungsrechte der Personal- und Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit
- Schluss mit der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverhältnissen.

Gemeinsam fordern GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen von der Bundesregierung, dass sie endlich handelt: **gegen Lohndumping und für sichere und faire Arbeit.**

■ Außenpolitik

SPD-Fraktion fordert einen Marshallplan für den Mittelmeerraum

Die SPD-Bundestagsfraktion hat ein Positionspapier zur demokratischen Weiterentwicklung der arabischen Staaten in Nordafrika erarbeitet.
In vielen Staaten Nordafrikas und der arabischen Halbinsel begehren die Menschen auf und erheben ihre Stimme gegen Armut und Unterdrückung, für mehr Wohlstand, Mitsprache und Demokratie. Als Mitglied der Deutsch-Israelischen Parlamentarergruppe und der für arabischsprachige Staaten des Nahen Ostens begrüße ich es sehr, dass die deutschen Sozialdemokraten ihren jahrelangen Einsatz für den zivilgesellschaftlichen Aufbau der Maghreb-Staaten intensivieren will.
Die Veränderungen vor Ort haben auch Auswirkungen auf uns in Europa. Die aktuellen Entwicklung in der arabischen Welt birgt für Europa große Chancen wie Risiken. Es liegt im ureigenen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interesse der EU, den Menschen in der Mittelmeerregion die Hand zu reichen. Die Entschlossenheit der EU wird mit darüber entscheiden, ob es gelingt, die Chancen des Aufbruches zu nutzen oder ob enttäuschte Hoffnungen von Millionen junger Menschen in Extremismus, Instabilität und massen-hafte Flucht umschlagen.
Das Positionspapier stellt eine ganze Reihe wichtiger Forderungen für diese Demokratisierungsprozess. Nach den noch frischen Eindrücken meines Besuch der Region im November 2010 sind mir zwei Punkte daraus besonders wichtig:

- „Die junge Generation in der arabischen Welt will eine gute Zukunftsperspektive. Die EU muss dabei helfen mit einer viel engeren Zusammenarbeit in Bildung und Wissenschaft, angefangen mit konkreten Angeboten für den akademischen Austausch. Dazu gehören auch Visaerleichterungen für junge Akademiker.
- Im Zentrum aller Anstrengungen muss der Wirtschaftsaufbau stehen. Unabdingbar hierfür ist ein regionaler Entwicklungsfonds, der so ausgestattet wird, dass er seiner Aufgabe gerecht werden kann. Die bislang vorgesehenen Mittel für die Europäische Nachbarschaftspolitik reichen dafür nicht aus. Die Vergabe der Mittel muss nach strategischen Prioritäten erfolgen. Künftig wird mehr Geld dort eingesetzt, wo mehr für die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft geleistet wird. So wird gute Regierungsführung belohnt und Einmischung oder Belehrung vermieden.“

In der gemeinsamen Verantwortung der EU und der europäischen Regierungen sind wir jetzt gefordert, unsere Erfahrungen bei der Unterstützung von Transformationsprozessen mit den östlichen Nachbarländern auch für die arabische Welt fruchtbar zu machen.
Das Papier schließt mit dem Hinweis auf die guten Beziehungen zur Regierung Israels und fordert eine Wiederaufnahme direkter Gespräche zwischen Israel und Palästina: „Deutschland muss gemeinsam mit anderen Ländern Europas und mit der EU aktiv werden, damit die Demokratisierung der arabischen Welt zu einer Chance auch für die Lösung des Nahost-Konflikts wird. Um den Weg dafür frei zu machen, muss die israelische Regierung die Siedlungspolitik beenden. Eine Regelung des Nahostkonflikts ist im elementaren und langfristigen Interesse Israels, der gesamten Nachbarregion und Europas.“
Das ganze Papier ist nachzulesen unter:
www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,55771,00.html

■ **Wahlkreis**
Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: 030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ **www.mechthild-rawert.de**

■ Aus Berlin

Trauer um Dietrich Stobbe

Foto: Gilbert Collé

Die Berliner SPD und die SPD-Bundestagsfraktion trauert um Dietrich Stobbe. Der frühere Berliner Regierende Bürgermeister und Bundestagsabgeordnete ist am 19. Februar nach schwerer Krankheit im Alter von 72 Jahren verstorben.

Als Sprecherin der Berliner Abgerdneten der SPD-Bundestagsfraktion liegt mir die Ehrung seines Lebenswerks besonders am Herzen.

Aktiv für Berlin

Berlin hat mit Dietrich Stobbe einen Menschen verloren, der sich auf allen Ebenen - vom Bezirk über das Abgeordnetenhaus und den Senat bis hin zum Deutschen Bundestag - für Berlin engagiert hat. Wir werden seiner in Ehren gedenken. Die Trauerfeier findet am 09. März, 12.00 Uhr, im Französischen Dom statt.

Dietrich Stobbe, geboren 1938 in Ostpreußen und Berliner Sozialdemokrat seit 1960, regierte die Stadt von 1977 bis 1981. Er machte die Stadtpolitik zu einem seiner Schwerpunkte, der soziale Ausgleich war ihm wichtig. "Ich liebe diese Stadt" waren Stobbes Abschiedsworte 1981 als Regierender Bürgermeister von Berlin.

Der Website www.dietrich-stobbe.de ist zu entnehmen:
„Die politische Karriere: langjähriges Engagement für die parlamentarische Demokratie in Berlin und Deutschland“.

Dietrich Stobbe hat sich schon als Student des Otto-Suhr-Instituts der Freien Universität Berlin politisch engagiert. Sein Engagement entspricht der tiefen Überzeugung, dass das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland all jene Verfassungswerte vorbildlich und richtungweisend zusammenfasst, die ein modernes, demokratisch verfasstes, rechtstaatliches und soziales Deutschland nach der verursachten geschichtlichen Katastrophe braucht und sich dauerhaft friedlich weiter entwickeln muss. Diese Überzeugung war die Leitschnur für seine steile politische Karriere, in der er 14 Jahre im Abgeordnetenhaus von Berlin und 8 Jahre im Deutschen Bundestag Politik gestaltete. Der Höhepunkt seiner Karriere war die Wahl zum Regierenden Bürgermeister. Sie erfolgte noch zum Zeitpunkt der Teilung der Stadt, aber bereits in einer Phase, in der die von Dietrich Stobbe aktiv unterstützte *Entspannungspolitik* half, das Leben in der geteilten Stadt zu erleichtern. Die politische Handhabung der Ost-West-Beziehungen wurde auch für ihn, wie für seine Vorgänger, zum Kernpunkt seiner politischen Arbeit. Aber die durch die internationale Entwicklung jener Jahre verringerte Krisenanfälligkeit von Berlin erlaubte ihm eine bewusste politische Konzentration auf die eigenen Stärken und das Entwicklungspotential der Stadt. Stobbe bestand die Herausforderung, durch diese *Hinwendung zur Stadtpolitik* das Vertrauen der Bürger in die Zukunft ihrer Stadt durch innenpolitische Leistungen zu festigen. Eine große Fülle städtischer Projekte und Programme, die zum Teil bis heute nachwirken, wurde kennzeichnend für diese Phase der Berliner Nachkriegspolitik.

Auch im Bundestag für die Deutsche Einheit aktiv

Im Deutschen Bundestag war Dietrich Stobbe Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und später, in den entscheidenden Monaten der Wende und gewissermaßen als Krönung seines politischen Weges, Mitglied im Ausschuss Deutsche Einheit. Er war Berichterstatter seiner Fraktion für fast alle Verträge, die in dem *Prozess der Vereinigung der beiden deutschen Staaten* abgeschlossen wurden. Als Beauftragter seiner Fraktion sowie seiner Partei wurde er mit der Beratung der in der DDR neu gegründeten Sozialdemokratie beauftragt, die in einer Regierung der großen Koalition gemeinsam mit der CDU die DDR zur Einheit führte.“

Wir kondolieren seiner Frau Iwona Stobbe und seinen Söhnen Michael und Sebastian Stobbe. Wir werden den liebenswerten Menschen, den aufrechten Sozialdemokraten, den Regierenden Bürgermeister und Bundestagskollegen in ehrender Erinnerung behalten.

■ Terminhinweise

28. Februar: 18:00 - 21:00 Uhr
- ***100 Jahre Frauentag***
  Willy-Brandt-Haus

09. März: 12:00 Uhr
- ***Trauerfeier für Dietrich Stobbe***
  Französischer Dom

25. März: 10:00 - 12:00 Uhr
- ***Equal Pay Day***
  Veranstalter: Deutscher Frauenrat
  Brandenburger Tor
  www.equalpayday.de

26. März: 10:00 - 12:00 Uhr
- ***SPD-Aktionen zur Gesundheitspolitik***
  Informationsstand
  Lichtenrade (Abt. 2)

■ **Wahlkreis**
Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: 030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ **www.mechthild-rawert.de**

Einladungen zu Veranstaltungen:

02. März: 18:00 – 20:00 Uhr

- ***Fraktion vor Ort: Die Bürgerversicherung***
  Die Diskussionsveranstaltung wird von der Landesgruppe der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten organisiert.
  ANMELDUNG ist über mein Bundestagsbüro möglich.
  Gründersaal, Haus 1
  Vivantes Auguste-Viktoria-Klinikum
  Rubensstraße 125, 12157 Berlin

04. März: 15:00 - 18:00 Uhr

- ***BürgerInnen-Sprechstunde***
  Bitte unbedingt anmelden unter:
  mechthild.rawert@wk.bundestag.de oder telefonisch unter: 72 01 38 84. Danke.
  Wahlkreisbüro: Friedrich-Wilhelm-Straße 86
  12099 Berlin-Tempelhof

Im Wahlkreis für Sie unterwegs:

04. März: 18:00 - 22:00 Uhr

- ***Frauenmärz in Tempelhof-Schöneberg***
  "BROT UND ROSEN": Eröffnungsfest des Frauenmärz 2011 in Tempelhof und Schöneberg. Der Frauenmärz ist von Frauen für Frauen und Männer gemacht und steht allen offen!
  Gemeinschaftshaus Lichtenrade
  Lichtenrader Damm/Ecke Barnetstraße, 12305 Berlin

05. März: 18:00 - 22:00 Uhr

- ***Traditioneller Ball der SPD Friedenau***
  Schlesiensaal, Rathaus Friedenau

08. März: 16:00 - 18:00 Uhr

- ***Internationaler Frauentag in Tempelhof-Schöneberg***
  Vor dem Rathaus Schöneberg

29. März: 19:30 – 22:00 Uhr

- ***Forum-Gesundheit: Gesundheit für Mädchen & Frauen mit Behinderung***
  Im Rahmen der Veranstaltungen zum **Frauenmärz** 2011 in Tempelhof und Schöneberg veranstaltet die Gesundheitspolitikerin und stellvertretende Sprecherin der AG Gleichstellung der SPD-Bundestagsfraktion Mechthild Rawert das Forum-Gesundheit.
  Info-Cafe im KoKuMa Stadtteilzentrum
  Rathausstr. 28, 12105 Berlin

Weitere Termin-Infos unter:
www.mechthild-rawert.de/date-browser
oder über das Wahlkreisbüro, Tel. 720 13 884.

Impressum.

Mechthild Rawert, MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/227 737 50
Fax: 030/227 762 50

V.i.S.d.P.: Mechthild Rawert

Kontakt.

Wahlkreisbüro

Friedrich-Wilhelm-Straße 86
12099 Berlin
Tel: 030/720 13 884
Fax: 030/720 13 994
eMail: mechthild.rawert@wk.bundestag.de

Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln:
U6, U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.

Online.

@ www.mechthild-rawert.de
facebook www.facebook.com/mechthild.rawert
flickr www.flickr.com/photos/mechthild-rawert